

BIW Aktuell

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

2. Jahrgang

Ausgabe 6/2005

15.11.2005

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Große Koalition – Zweckbündnis ohne Vision	1
Krawalle in Frankreich – Vorbote für Deutschland?	3
EU-Kommission kritisiert Türkei.....	5
In eigener Sache	6
Kurz notiert	7
Der gute Rat	8
Zu guter Letzt.....	8
Impressum	8

Große Koalition - Zweckbündnis ohne Vision

„Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, so der Titel des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD, der dieser Tage in Berlin vorgestellt wurde. Doch wirklich mutig ist das, was in dem Papier auf immerhin 197 Seiten präsentiert wird, nicht. Vielmehr handelt es sich bei der Vereinbarung - wie nicht anders zu erwarten - um einen teilweise widersprüchlichen Mix längst bekannter Positionen der Großkoalitionäre. Neue, innovative Konzepte zur Lösung der Probleme unseres Landes sucht man dagegen ebenso vergeblich wie einen großen Entwurf für das Deutschland der Zukunft.

Statt dessen steht der Vertrag ganz im Zeichen der dramatischen Haushaltslage des Bundes. Die Lücke zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben wird auf 35 Milliarden Euro taxiert, jedoch unter Annahme eines Wirtschaftswachstums von 1,8% - ein

Wert, der im Vergleich zu den Expertenprognosen deutlich zu hoch gegriffen ist. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Bosbach nannte vor kurzem sogar ein Defizit von 55-60 Milliarden Euro im Jahr. Somit dürften die jetzt vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen erst der Anfang sein. Besonders hart wird es die Rentner treffen, die nicht nur eine Mehrwertsteuererhöhung von 3% ab 2007 zu verkraften haben, sondern in den nächsten Jahren auch auf eine Anhebung ihrer Altersbezüge verzichten müssen. Da die Preise bedingt durch Inflation und höhere Mehrwertsteuer weiter steigen werden, ergibt sich real also eine Rentenkürzung.

Weitere „Highlights“ des Koalitionsvertrages aus Sicht des BIW:

Außenpolitik: Das Ziel eines ständigen deutschen Sitzes im UN-Sicherheitsrat wird

praktisch aufgegeben. Statt dessen strebt man langfristig einen gemeinsamen Sitz der EU in dem Gremium an. Das freilich setzt eine gemeinsame europäische Außenpolitik voraus, die heute allenfalls in Ansätzen vorhanden ist.

Europapolitik: Die Koalition hält weiter am EU-Verfassungsvertrag fest. Der Ratifizierungsprozeß soll fortgesetzt werden, trotz des „Neins“ der Franzosen und Niederländer zum Verfassungsentwurf. Da dem Vertrag alle EU-Staaten zustimmen müssen, hofft man in Berlin offenbar auf eine Wiederholung der gescheiterten Referenden in den Nachbarländern. Ziel der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei soll die Vollmitgliedschaft des kleinasiatischen Landes sein – und nicht eine „privilegierte Partnerschaft“, wie sie von CDU und CSU noch im Wahlkampf propagiert wurde. Die Koalitionäre sprechen sich dafür aus, die EU auch um die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zu erweitern.

Bundeswehr: Wehrpflicht und Zivildienst sollen erhalten bleiben. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen, wie sie der BIW auch aus Gründen der Gerechtigkeit befürwortet, wird im Koalitionsvertrag explizit abgelehnt.

Familie: Anstelle des heutigen Erziehungsgeldes wird es ab 2007 ein Elterngeld in Höhe von maximal 1.800 € pro Monat geben. Ob dieser Betrag ausreicht, um vor allem berufstätige Akademikerinnen zum Kinderkriegen und damit zum temporären Ausstieg aus dem Berufsleben zu motivieren, wird sich zeigen.

Wirtschaft: Die Koalition strebt eine reformneutrale Besteuerung der Unternehmen in Deutschland an. Die Reform soll zum 01.01.2008 kommen, die Details stehen aber noch nicht fest. Um mehr Jobs zu schaffen, werden der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 2% gesenkt und die Abschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe verbessert. Warum kommt eigent-

lich niemand auf die Idee, steuerliche Vergünstigungen für Unternehmen von der Zahl der tatsächlich geschaffenen Arbeitsplätze abhängig zu machen anstatt Entlastungen immer nur nach dem Prinzip Hoffnung zu gewähren?

Hartz IV: Die Kosten der Arbeitsmarktreform Hartz IV sollen um 3,8 Milliarden Euro jährlich sinken. Unter anderem werden EU-Ausländer, die nicht in Deutschland gearbeitet haben, keinen Anspruch auf ALG II mehr haben. Kaum zu fassen, daß sich erwerbslose EU-Bürger heute noch Wohnung und Lebensunterhalt vom deutschen Steuerzahler finanzieren lassen können, obwohl sie nie in Deutschland beschäftigt waren.

Krankenversicherung: Privatversicherte können sich freuen. Zukünftig soll es möglich sein, bei einem Wechsel der Krankenkasse die angesparten Altersrückstellungen mitzunehmen. Damit soll der Wettbewerb zwischen den privaten Kassen gefördert werden. Eine längst überfällige Reform.

Agrarpolitik: Der Verkauf von Lebensmitteln unter dem Einstandspreis soll zukünftig nicht mehr erlaubt sein. Für den Verbraucher bedeutet das weniger Schnäppchen bei Aldi und Co. Die Steuerbefreiung für Biodiesel wird durch eine Beimischungspflicht ersetzt. Das kann steigende Kraftstoffpreise zur Folge haben, denn Biodiesel ist in der Herstellung dreimal teurer als herkömmlicher Dieselmotorkraftstoff.

In einigen wichtigen Fragen konnten CDU/CSU und SPD bislang noch keine Einigung erzielen. Das gilt vor allem für die dringliche Reform der Sozialversicherungssysteme und den Atomausstieg. In vielen anderen Bereichen sollen mögliche Maßnahmen erst geprüft werden, etwa wenn es um die Einführung eines Kombilohns für Geringqualifizierte, die Ausweitung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen oder die Schaffung eines „Deutschen Mittelstands-

fonds“ für die bessere Kapitalversorgung kleiner und mittlerer Betriebe geht.

Interessierte Leser können den kompletten Text des Koalitionsvertrages als PDF-Datei auf der Internetseite des BIW unter www.buerger-in-wut.de (Rubrik Verweise/Quellenmaterial) herunterladen. Das

Dokument werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode auf unserem Portal belassen. Damit kann jeder Bürger auch noch in einigen Jahren nachlesen, was aus den Ankündigungen der Regierungsparteien tatsächlich geworden ist.

+ + +

Krawalle in Frankreich – Vorboten für Deutschland?

Seit beinahe 3 Wochen toben in Frankreichs Vorstädten bürgerkriegsähnliche Unruhen. In den vor allem von Zuwanderern aus dem Maghreb und Schwarzafrika bewohnten Banlieus, tristen Hochhaussiedlungen im Stil der 60er und 70er Jahre, werden Nacht für Nacht Autos, Geschäfte und öffentliche Gebäude in Brand gesteckt, anrückende Polizei und Feuerwehr mit Steinen und Molotowcocktails beworfen, und zum Teil auch mit scharfen Waffen beschossen. Die Ausrufung des Ausnahmezustandes, zu dem sich die französische Regierung erstmals seit dem Algerienkrieg Anfang der sechziger Jahre schließlich genötigt sah, hat die Lage zwar entspannt; ein völliges Ende der Ausschreitungen ist aber noch nicht abzusehen. Zwischenzeitlich werden auch Krawalle aus dem benachbarten Belgien gemeldet, wo zahlreiche Autos, Lastwagen und Busse von Jugendlichen in Brand gesteckt wurden. Und auch in deutschen Städten sind vereinzelt Nachahmungstäter aktiv geworden.

Über die Gründe der Gewaltorgien in Frankreich, mit denen die meisten Jugendlichen keine konkreten Forderungen verbinden, sondern in erster Linie ihren Hass gegen die französische Gesellschaft und den Staat zum Ausdruck bringen, ist schon viel geschrieben worden. Ausgangspunkt der Krawalle war die Ankündigung des französischen Innenministers Nicolai Sarkozy, die Banlieus von kriminellen Banden „reinigen“ zu wollen und damit die rechtsfreien Räume, die in den französischen Vorstädten entstanden sind, zu beseitigen.

Dieser Plan ließ die Jugendgangs, die ihren Lebensunterhalt vor allem mit Raubdelikten sowie dem Drogen- und Waffenhandel verdienen, um ihren Einfluß in den Banlieus und damit ihre Geschäfte fürchten. Der tragische Tod zweier Migrantenkinder in der Nähe von Paris war deshalb der ideale Vorwand, um die Straßenkrawalle anzuzetteln und viele sozial frustrierte Jugendliche mitzuziehen. So entwickelte sich ein Flächenbrand, der ausgehend von Paris nach und nach auf andere französische Städte übergriff.

Linke Kommentatoren, Politiker, Sozialpädagogen und Migrationsforscher – kurzum die Anhänger des multikulturellen Gesellschaftsmodells – interpretieren die Vorgänge freilich ganz anders. Nicht etwa kriminelle Energie, sondern „schiere Frustration“ treibe die Jugendlichen zu ihrem Handeln. Die wollten sich ja eigentlich integrieren, aber die vorurteilsbehaftete, vulgo „rassistische“ französische Mehrheitsgesellschaft verweigere der zweiten und dritten Einwanderergeneration die Gleichberechtigung. Die Gewalttäter in den Banlieus sind also sozial Diskriminierte, die nur ihrem Ärger Luft machen. Den randalierenden Jugendlichen bliebe im Prinzip gar keine andere Wahl als ihre Stadtviertel anzuzünden, um endlich die ihnen gebührende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erfahren. Verantwortlich für die Eskalation der Gewalt seien die brutal vorgehende Polizei und natürlich Innenminister Sarkozy, der die brandschanzenden

Vorstadtjugendlichen öffentlich als „Gesindel“ bezeichnet und dadurch „Öl ins Feuer“ gegossen habe.

Die Täter werden so zu Opfern der gesellschaftlichen Verhältnisse verklärt - und erhalten damit einen Persilschein für die Fortsetzung ihres kriminellen Tuns.

Die absurde Entstellung der tatsächlichen Ereignisse, die auch von deutschen Medien eifrig verbreitet wird, soll vor allem davon ablenken, daß die französische Ausländerpolitik grandios gescheitert ist. Die basiert auf der naiven Vorstellung, daß allein die Kenntnis der französischen Sprache und der Besitz des französischen Passes für eine erfolgreiche Integration ausreichend seien. Jedem Kind ausländischer Eltern, das in Frankreich geboren ist, wird deshalb mit Erreichen des 18. Lebensjahres automatisch die französische Staatsangehörigkeit verliehen. Ob der einzelne Neubürger tatsächlich in das Gemeinwesen integriert ist und die gesellschaftlichen Normen anerkennt, wird nicht gefragt. In Deutschland hat die rot-grüne Bundesregierung mit der Einführung des sog. Optionsmodells für hierzulande geborene Ausländerkinder einen ähnlichen Irrweg beschritten.

Außerdem versuchte Paris, durch Masseneinbürgerungen die bereits seit den 80er Jahren explosive Lage in den Ausländerghettos der Vorstädte zu entschärfen. Gebracht hat das alles nichts. Und wenn die mit 40% im Vergleich zum französischen Landesdurchschnitt doppelt so hohe Erwerbslosigkeit in den Banlieus als Grund für die Ausschreitungen angeführt wird, dann muß auch erwähnt werden, daß die meisten Jugendlichen in diesen Vierteln Schulabbrecher sind, die über keinerlei berufliche Qualifikation verfügen. Für ungelernte Kräfte aber gibt es in Frankreich ebenso wie in Deutschland kaum Jobangebote. Dennoch nimmt Frankreich jedes Jahr über 100.000 häufig schlecht ausgebildete Zuwanderer neu auf, davon etwa 40% aus dem Maghreb und Schwarzafrika.

Auch in Deutschland sind Krawalle, wie sie sich heute in unserem Nachbarland abspielen, jedenfalls auf mittelfristige Sicht keineswegs ausgeschlossen. Ähnlich wie in Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern hat die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte auch bei uns zu einer massiven sozialen Unterschichtung der Gesellschaft geführt. Zwar ist die Ghettoisierung von Ausländern in deutschen Städten noch nicht so weit fortgeschritten wie in den französischen Banlieus; der Trend zur Ausbildung von Parallelgesellschaften in Metropolen wie Berlin, Hamburg oder Frankfurt ist aber unverkennbar. Schon heute sind die Zahlen alarmierend: In Berlin etwa, wo durchschnittlich 25% der Schüler aus Zuwandererfamilien stammen, sind in Stadtbezirken wie Kreuzberg oder Neukölln Schulen mit einem Ausländeranteil von 80% oder 90% längst keine Seltenheit mehr. 29% der Ausländerkinder in der Hauptstadt erreichen keinen Abschluß. In Vierteln mit hohem Migrantenanteil haben 70% nur die Hauptschule besucht oder sind Schulabbrecher. Die Erwerbslosigkeit ist bei Nichtdeutschen mit knapp 38% (2003) mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Stadt – und liegt damit auf dem Niveau der französischen Banlieus. In anderen deutschen Ballungsräumen stellt sich die Situation ähnlich dar. Längst gibt es auch bei uns Stadtteile mit hohem Ausländeranteil, in die sich die Polizei nicht oder nur noch in Mannschaftsstärke hineinwagt. „No-Go-Areas“ werden diese Gebiete genannt. Hier haben – wie in den französischen Vorstädten – ethnische Jugendbanden das Sagen, die Straftaten aller Art begehen.

Heinz Buschkowsky (SPD), Bezirksbürgermeister des Berliner Problemkieses Neukölln, spricht vor diesem Hintergrund denn auch von einer „tickenden Zeitbombe“ und warnt vor der „ethnischen Verwahrlosung“ ganzer Stadtteile.

Sollten die EU-Staaten nicht schleunigst eine drastische Kehrtwende hin zu einer restriktiven Zuwanderungs- und Ausländerpolitik vollziehen, dürften die Krawalle in den fran-

zösischen Banlieus nur der Prolog zu sehr viel schärferen Konflikten in der Zukunft sein – auch in Deutschland. Die leeren deutschen Staatskassen und die von der großen Koalition beschlossenen drastischen Sparmaßnahmen, die zu tiefen Einschnitten ins soziale Netz führen werden, erhöhen diese

Gefahr noch. Denn von den Kürzungen werden nicht zuletzt Zuwandererfamilien betroffen sein. Fällt der soziale Kitt weg, kann die Stimmung auch in den Ausländervierteln deutscher Städte rasch umschlagen. Französische Verhältnisse sind dann nicht mehr fern.

+ + +

EU-Kommission kritisiert Türkei

Ernüchternd fällt der diesjährige „Fortschrittsbericht“ der EU-Kommission über die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Reformen in der Türkei aus.

Aus dem Bericht geht hervor, daß es in der Türkei, mit der am 3. Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen zur EU begonnen wurden, noch immer Verletzungen von Grund- und Menschenrechten gibt. So wird am Bosphorus weiter gefoltert, auch wenn die Häufigkeit nach Meinung der Kommission abgenommen habe. Diese Aussage wird allerdings von Menschenrechtsorganisationen bestritten. Sie verweisen darauf, daß viele zur Anzeige gebrachte Folterfälle von den Behörden gar nicht registriert werden und deshalb auch nicht in den offiziellen Statistiken auftauchen.

Auch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit wird in der Türkei nach wie vor mißachtet. Trotz der in westlichen Medien vielzitierten großen Strafrechtsreform des Jahres 2004 leiten türkische Staatsanwälte noch immer Verfahren gegen Personen ein die es wagen, unbequeme Ansichten öffentlich zu äußern. Jüngstes Beispiel ist der Fall des Istanbul Schriftstellers Orhan Pamuk, der im Oktober 2005 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde. In seiner Heimat muß sich Pamuk vor Gericht wegen der „Herabsetzung des Türkentums“ verantworten, weil er in einem Interview den Völkermord an den Armeniern thematisiert hatte, was in der Türkei noch immer eine

Straftat ist. Im Falle einer Verurteilung drohen Pamuk bis zu 5 Jahre Gefängnis.

Anlaß zur Sorge gibt aus Sicht der Autoren des Fortschrittsberichtes auch die fortwährende Gewalt gegen Frauen in der stark traditionalistisch geprägten Türkei. Umfragen zufolge schlagen deutlich mehr als die Hälfte der türkischen Männer ihre Frauen häufig oder regelmäßig. Zwangsverheiratungen sind vor allem im östlichen Anatolien weiter an der Tagesordnung, und auch sog. „Ehrenmorde“ kommen immer wieder vor. Als prekär wird auch die Lage der religiösen und ethnischen Minderheiten sowie der Gewerkschaften am Bosphorus eingestuft.

Der aktuelle EU-Report zur Lage in der Türkei kommt einem Offenbarungseid Brüssels gleich. Schon der letzte Fortschrittsbericht vom Oktober 2004 bescheinigte dem kleinasiatischen Land dieselben Mängel und Versäumnisse wie sie auch das jetzt vorgelegte Papier aufzeigt; nur die Schlußfolgerungen waren ganz andere. Damals sah man die Türkei auf dem richtigen Weg und die festgestellten Defizite als Restbestände der alten Ordnung.

Die Perspektive eines Beitritts zur EU, so die These, würde die progressiven Kräfte am Bosphorus stärken und die Lage im Land weiter verbessern. Deshalb empfahl die Kommission den Beginn von Aufnahmeverhandlungen mit Ankara. Nun muß man resigniert einräumen, daß sich in den vergangenen 12 Monaten in Sachen Reformen

praktisch nichts getan habe. Stillstand sei zu verzeichnen, in einigen Bereichen sogar Rückschritt.

Einzig die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei wird von der Kommission positiv bewertet. Doch selbst diese Aussage ist mit Blick auf die Zahlen kritisch zu hinterfragen. Konnte die türkische Wirtschaft 2004 noch ein Wachstum von 8% verzeichnen, werden für 2005 und 2006 nur noch 5-6% erwartet, und das auf Basis eines relativ niedrigen Ausgangsniveaus. Geradezu dramatisch ist die Entwicklung des türkischen Leistungsbilanzdefizits, also der Differenz zwischen Einfuhren und Ausfuhren: Lag das Minus 2002 noch bei 1,6 Mrd. Euro, werden es in diesem Jahr voraussichtlich schon 14 Mrd. Euro sein – bei weiter steigender Tendenz. Dieser Trend gibt auch den Kommissaren in Brüssel „Anlaß zur Sorge“.

Wie gesagt, die meisten Fakten zur Lage in der Türkei sind schon vor einem Jahr bekannt gewesen. Und wären sie objektiv

bewertet worden, hätte es die Empfehlung der EU-Kommission zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die schließlich am 3. Oktober 2005 umgesetzt wurde, niemals geben dürfen. Doch starke politische Kräfte innerhalb wie außerhalb Europas wollen die Türkei um jeden Preis in der EU sehen, und das im Zweifel auch gegen den Willen der Völker in den europäischen Mitgliedsstaaten. Ob die Rechnung aufgeht, bleibt allerdings abzuwarten. Denn am Ende werden zumindest in einigen EU-Staaten die Menschen in Volksabstimmungen darüber entscheiden, ob die Türkei tatsächlich Mitglied in der Union werden soll oder nicht. Doch soweit muß es gar nicht kommen. Sollten nämlich die Reformen in der Türkei auch in den nächsten Jahren nicht vorankommen und der öffentliche Druck in Europa wachsen, liegt eine Unterbrechung oder sogar ein vorzeitiges Ende der Verhandlungen mit Ankara durchaus im Bereich des Möglichen. Deshalb wird der BIW in Sachen Türkei-Beitritt weiter am Ball bleiben.

+ + +

In eigener Sache

Wie bereits angekündigt, setzt der BIW seine Kampagne gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei mit aller Kraft fort. Bereits am 3. Oktober 2005 – also dem Tag des offiziellen Beginns der Beitrittsverhandlungen zwischen Brüssel und Ankara – haben wir unter der Adresse www.tuerkei-beitritt-nein.de ein Informationsportal zu diesem wichtigen Thema aufgeschaltet. Hier finden Sie auch unsere ausführlich begründeten Argumente gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU, die wir gerade auf der Basis der neuesten Zahlen aktualisiert und mit Illustrationen unterlegt haben. Eine Kurzzusammenfassung

der BIW-Argumente haben wir in einem zweiseitigen Flugblatt zusammengefaßt, das Sie in Kürze auf unserem Portal kostenlos herunterladen können. Sollten Sie eine größere Zahl von Flugblätter zum Verteilen benötigen, dann können Sie die gewünschte Menge direkt bei unserer Geschäftsstelle in Berlin bestellen, und zwar unter der Rufnummer 01805 – 72 44 55.

Außerdem wird es einen eigenen BIW-Aufkleber zur Türkei-Kampagne geben. Der Aufkleber befindet sich derzeit in Druck und kann demnächst ebenfalls bei uns geordert werden.

+ + +

Kurz notiert ...

3.000 Arbeitsgruppen der EU-Kommission sind in Brüssel damit beschäftigt, neue Verordnungen und Richtlinien zu erdenken. Aktuell sind 900 europäische Gesetzesvorhaben in konkreter Umsetzung. Doch das ist nur die Spitze des Eisberges. Experten gehen davon aus, daß die EU in den kommenden 3 Jahren rund 4.500 neue Verordnungen und Erlasse auf den Weg bringen wird – damit auch alles geregelt ist, was bislang auch ohne Regelung gut funktioniert hat. Derweil brüsten sich EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und sein Industriekommissar Günter Verheugen öffentlichkeitswirksam mit dem Vorhaben, ganze 68 vorgeschlagene EU-Gesetze fallen zu lassen. Das sei, so Verheugen, wichtiger Teil einer groß angelegten Initiative "gegen Bürokratie und Regelungswut" in der EU.

++

In den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres hat jeder Einwohner in Deutschland durchschnittlich 160 Euro pro Monat gespart. Das ergibt in der Summe einen Betrag von 78,6 Milliarden Euro, 3 Milliarden Euro mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Sparquote, also der Anteil des gesparten Geldes am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, liegt derzeit bei 10,6%. Das ist mehr als noch in 2000 (9,2%), aber weniger als zu Beginn der 90er Jahre. Damals legten die Bundesbürger über 12% ihres Einkommens auf die hohe Kante.

++

Derzeit beziehen etwa 160.000 türkische Staatsangehörige in Deutschland Unterstüt-

zungszahlungen nach Hartz IV. Die Bundesagentur für Arbeit vermutet, daß eine große Zahl dieser Leistungsempfänger ALG II zu Unrecht erhält, weil sie in ihrem Heimatland über „Vermögen in nennenswertem Umfang“ verfügen. Unlängst ist dem deutschen Zoll eine Liste mit den Namen von 2.500 arbeitslosen Türken in die Hände gefallen, die bei einer türkischen Bank Girokonten unterhalten. Gegenüber den Arbeitsagenturen waren diese Konten von den Betroffenen aber nicht angegeben worden. Obwohl die Bundesregierung in Ankara bereits seit Monaten darauf drängt, ein Abkommen zum Informationsaustausch abzuschließen, um solche Mißbrauchsfälle aufzudecken, verweigert sich die türkische Regierung diesem Wunsch beharrlich. Die Bundesagentur für Arbeit erwägt nun, verdeckte Ermittler in die Türkei zu schicken, um in Grundbuchämtern nach verschwiegenem Immobilienbesitz von türkischen ALG II-Empfängern zu fahnden.

++

In Deutschland können schätzungsweise 4 Millionen Menschen kaum lesen und schreiben. Das sind 6,3% der Erwachsenen über 15 Jahren. Diese Analphabeten haben wegen ihres Defizits erhebliche Probleme bei der Bewältigung des Alltags und können zumeist keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

++

„In einer so traurigen Welt wie der unseren schockiert man am besten durch Freude und Heiterkeit.“ (Niki de Saint-Phalle)

+ + +

Der gute Rat

Tips zur Fleckenentfernung

Rotwein: Mit heißem Wasser oder mit Weißwein abtupfen.

Kaffee und Kakao: Kalt einweichen und mit lauwarmer Seifenlauge auswaschen. Bei hartnäckigen Flecken helfen Gallseife aus der Drogerie oder purer Zitronensaft. Anschließend normal waschen.

Kragenspeck: Vor dem Waschen mit einem kleinen Pinsel Haarwaschmittel aufstreichen, das löst Körperfette. Vergilbten Kragen

kräftig mit Kreide einreiben, damit die Fette absorbiert werden. Danach normal waschen.

Alkohol: Flecken mit einer Mischung aus kaltem Wasser und Glycerin einweichen. Mit Essigwasser nachspülen.

Schweiß: Betroffene Textilien in warmem Essigwasser einweichen. Dann normal waschen.

+ + +

Zu guter Letzt

In Berlin findet ein Feministinnen-Kongreß statt. Thema: Die Umerziehung des Mannes
Erste Wortmeldung einer deutschen Frau: "Mein Name ist Brigitte Ich habe meinem Mann folgendes gesagt: Helmut, ab sofort machst Du das Abendessen! Am ersten Tag hab ich nichts gesehen, am zweiten Tag hab ich nichts gesehen, aber am dritten Tag, da stand das Essen auf dem Tisch"

Großer Beifall im ganzen Saal, Hochrufe, Bravo!

Eine Italienerin meldet sich: "Mein Name ist Graziella und ich sagte meinen Mann Luigi, daß er ab heute das Haus putzen müsse Am

ersten Tag habe ich nichts gesehen, am zweiten Tag habe ich nichts gesehen, aber am dritten Tag habe ich gesehen, daß er mit dem Staubsauger alles sauber gemacht hatte"

Wiederum großer Applaus im Saal.

Eine Türkin meldet sich auch zu Wort: "Mein Name ist Fathma und ich forderte meinen Mann Mohammed dazu auf, ab sofort die Wäsche zu bügeln. Am ersten Tag hab ich nichts gesehen, am zweiten Tag hab ich auch nichts gesehen, aber am dritten Tag konnte ich zumindest mit dem linken Auge wieder etwas sehen"

+ + +

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählerversammlung Bürger in Wut, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin. Telefon 01805 – 72 44 55. Fax 030 - 53 21 48 92. E-Mail: info@buenger-in-wut.de.
Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW.
Weitere Informationen im Internet unter www.buenger-in-wut.de.